

# Calmer Calwblatt

Nr. 277.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Vertheilungswelle: 6 mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg. Bestellen 2. - Wt. - Auf Sammlungsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% - - - - -

Freitag, den 26. November 1920.

Wegzettel: In der Stadt mit Tragelohn Wt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Wt. 12.00 mit Beleggeld. - - - - -

## Die Völkerbundsversammlung. Die Abrüstungsfrage.

Genf, 26. Nov. In der Kommission für die Abrüstungsfrage, die gestern Nachmittag unter dem Vorsitz von Branting-Schweden verammelt war, erinnerte Fock-Niederlande daran, daß die niederländische Regierung, sowie das Parlament einer Abrüstung durchaus günstig gegenüberstünden unter der Bedingung, daß sie allgemein und gleichzeitig in der ganzen Welt durchgeführt werde. Nach seiner Meinung genügt es nicht, den Krieg zu zivilisieren, sondern er muß vollständig unterdrückt werden. Fock-Niederlande zweifelt daran, daß die Zusammensetzung der ständigen Militärkommission aus nur militärischen Fachleuten geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen und empfiehlt, diese Kommission zu ergänzen durch Mitglieder, die geeignet sind, die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen, politischen, historischen und geographischen Probleme zu lösen. - Bulgarien erklärt im Namen seiner Regierung, daß Rumänien nicht abrüsten werde, solange nicht seine ehemaligen Feinde dasselbe getan hätten. Er schlägt vor, die durch den Vertrag aufgestellte Forderung hinsichtlich der gegenseitigen Mitteilung über die militärischen Kräfte nicht nur auf die dem Völkerbund angehörenden Staaten, sondern auch auf die außerhalb des Völkerbunds befindlichen Länder auszudehnen. Dieser Vorschlag könne leicht verwirklicht werden, wenn eine internationale Armee aufgestellt würde, wie sie Bourgeois im Auge habe, um der Sache des Rechts (?) und den Völkern Achtung zu verschaffen. - Branting-Schweden hebt die unabweisbare Notwendigkeit hervor, binnen kurzem die Wünsche der Bevölkerung aller Staaten zu befriedigen, die vom Völkerbund die Herbeiführung eines dauernden Friedens erwarten. Er erinnert daran, daß die drei skandinavischen Regierungen einig sind, hinsichtlich der Dringlichkeit der allgemeinen Abrüstung. Er unterstützt deshalb ebenso wie Zahle-Dänemark den Vorschlag von Fock-Niederlande. - Bourgeois-Frankreich weist darauf hin, daß die vom Rat auf Grund des Vertrags eingesetzte Militärkommission bereits eine große Arbeit geleistet habe und stellt fest, daß über die Notwendigkeit der Reduktion der Rüstungen grundsätzliche Einigkeit herrsche. Er betont noch einmal, daß jede Herabsetzung der Rüstungen gleichzeitig der Gerechtigkeit (?) wie auch der Rücksicht auf die Sicherheit der Staaten Rechnung tragen müsse. - Schließlich nahm die Kommission zwei Vorschläge an, einen von Lord Cecil-England betreffend die Ernennung einer Unterkommission und betreffend Beschränkung der Beratungen auf folgende drei Punkte: Private Herstellung von Waffen, Möglichkeit der Ernennung einer besonderen Unterkommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbunds, sowie einen zweiten Antrag von Fisher-England, der den Präsidenten Branting-Schweden beauftragt, die Mitglieder der Unterkommission zu ernennen. - Die Kommission beschloß schließlich nach weiterer Diskussion, die nächste Sitzung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, der Behandlung der Blockade zu widmen.

## Die Frage der Aufnahme neuer Staaten.

Genf, 26. Nov. Nach dem Verlauf der Kommissionsberatungen über die Zulassung neuer Staaten ist, wie die Schweiz. Dep.-Ag. erfährt, anzunehmen, daß Luxemburg aufgenommen wird, allerdings ohne die von ihm verlangte militärische Neutralität, wie sie die Schweiz besitzt. Die anfänglich von einzelnen Staaten gegen die Aufnahme von Oesterreich gemachte Opposition scheint immer schwächer zu werden, sobald an der Aufnahme nicht mehr zu zweifeln ist. Die Schweiz, die zwar in der betreffenden Unterkommission nicht vertreten ist, wird als Nachbarland auf besonderes Verlangen an der entscheidenden Sitzung teilnehmen und durch Bundespräsident Motta ihre Zustimmung zu der Aufnahme von Oesterreich aussprechen. Was Dachsenstein betrifft, so wird es als ordentliches Mitglied des Völkerbunds nicht aufgenommen werden und zwar im Hinblick auf die Witzigkeit seines Gebietsumfangs und seiner Bevölkerungszahl und es scheint, daß auch die von schweizerischer Seite vorgeschlagene Lösung, Dachsenstein durch den Staat im Völkerbund vertreten zu lassen, der seine diplomatische Vertretung innehat, auf Widerstand stößt. Großen Schwierigkeiten begegnet das Aufnahmegesuch von Montenegro, da Jugoslawien die montenegrinische Frage als innerpolitische Angelegenheit behandelt wissen will. - Montenegro war aber ehemals als völlig selbständiger Staat von den Entente anerkannt worden.

## Branting über die Frage der Aufnahme Deutschlands.

Paris, 26. Nov. Branting erklärte dem Genfer Korrespondenten des „Journal des Debats“, alle in Schweden seien dafür, daß Deutschland so rasch wie möglich in den Völkerbund aufgenommen werde. Die Schweden würden das Gefühl Frankreichs verstehen, das Beweise der deutschen Aufrichtigkeit haben wolle, bevor es Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zustimme. Er persönlich habe die Ueberzeugung, daß die deutsche

Regierung bereit sei, und den aufrichtigen Wunsch habe, den Friedensvertrag auszuführen.

## England und die Frage der Aufnahme.

Amsterdam, 25. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Im Unterhaus erwiderte Bonar Law auf die Frage, ob Barnes in Genf die Absicht der englischen Delegation zum Ausdruck brachte, als er auf der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes auf sofortige Aufnahme Deutschlands in den Bund drang, Barnes habe nur seine eigene Ansicht widergegeben. Die einzelnen Abgeordneten müßten eine gewisse Redefreiheit haben. Die entscheidende Stimme werde jedoch vom ersten Delegierten nach Beratung mit seiner Regierung abgegeben werden, die sich darüber mit der französischen und anderen Regierungen schlüssig machen werde.

## Der lettische Außenminister über die Ostfragen.

Genf, 25. Nov. Nach der „Suisse“ erklärte der hier eingetroffene lettische Minister des Aeußern Majorrowitz, daß ein militärisches Niederringen der Sowjetregierung ausgeschlossen sei. Sowjetrußland sei militärisch derart fest organisiert, daß eine militärische Intervention oder irgend welche Aktionen weißer Generale ergebnislos verlaufen müßten. Erst wenn Rußland nicht mehr von außen angegriffen werde, würde sich seine Militärorganisation lockern und der Bolschewismus sich zu einer demokratischen Staatsform umformen. Ueber den litauisch-polnischen Konflikt befragt, sagte Majorrowitz, daß Lettland strengste Neutralität wahren müsse.

## Eine neue „inter-nationale“ Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Aussicht.

Genf, 25. Nov. Die provinzielle Wirtschafts- und Finanzkommission, deren Errichtung vom Völkerbundrat beschlossen wurde zur Fortsetzung der Arbeiten der Finanzkommission von Brüssel, ist gestern unter dem Vorsitz von Ador zusammengetreten und wird die von verschiedenen Regierungen an die Finanzkonferenz von Brüssel gerichteten Berichte nach ihrem Inhalt sichten und nach einheitlichen Gesichtspunkten ordnen. Eine Hauptaufgabe bilden die Vorarbeiten zu einer neuen internationalen Wirtschafts- und Finanzkonferenz, die wahrscheinlich im Laufe des Jahres 1921 in Genf zusammentritt, um die Schaffung der ständigen wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Völkerbunds vorzubereiten.

## Zur äußeren Lage.

### Am den deutschen Schiffsraum.

Paris, 24. Nov. Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober und der sich daran anschließenden mündlichen Abmachung haben am 20. und 22. November mit Delegierten der Reparationskommission Verhandlungen über die Belassung von 350 000 Tonnen Schiffsraum stattgefunden. Am 23. November hat die Reparationskommission ihre offizielle Sitzung abgehalten, in der die Angelegenheit nochmals erörtert wurde. Bei den Verhandlungen war ein Teil der deutschen Schiffahrts-Delegation zugegen. Die deutschen Delegierten haben in weitgehender Weise den Standpunkt der deutschen Regierung dargelegt und eine Begründung des Antrags gegeben. Die zweite deutsche Denkschrift vom Mai ds. Js. wurde dabei zu Grunde gelegt und ihre Ausführungen ergänzt und berichtigt. Die Reparationskommission hat zugesagt, ihre Entscheidung nunmehr so bald wie möglich zu fällen. In welchem Sinne sie ausfallen wird, läßt sich zur Zeit nicht sagen. - Der Antrag wurde gestellt, um uns die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ermöglichen.

### Eine neue Ententekonferenz in London.

Amsterdam, 25. Nov. Wie aus London gemeldet wird, werden sich Leggues, Giolitti und Lloyd George bei ihrer in London stattfindenden Konferenz nicht nur mit der britischen, sondern auch mit der Frage des Handels mit Rußland, der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung und dem türkischen Friedensvertrag befassen. Die Anwesenheit Giolittis ist notwendig, weil bei den Bepfahrungen über den Ostteil des Mittelmeers und über Kleinasien türkische Interessen zur Sprache kommen werden.

### Vom internationalen Gewerkschaftsbund.

London, 24. Nov. Gestern vormittag wurde die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fortgesetzt. 12 deutsche Delegierte saßen neben den britischen Vertretern. Der Sekretär des Bundes, Finmen, brachte eine Entschlieung ein, in der die Veruche der herrschenden Klassen der Welt, die Organisationsfreiheit der Arbeiter zu unterdrücken, verurteilt wird. Es wird den Arbeitern, die den weißen Terror in Ungarn bekämpft hätten, Dank ausgesprochen und gegen die Fortsetzung des Krieges gegen Rußland Einspruch erhoben. In der Entschlieung werden internationale Streiks als zweckmäßige Waffe gegen die Reaktion bezeichnet. Finmen bedauerte die Ab-

wesenheit der amerikanischen und der russischen Arbeiter. Der deutsche Delegierte Graumann antwortete, die deutschen Arbeiter seien fest entschlossen, den Bolschewismus zu bekämpfen. Er brachte eine Entschlieung ein, in der gegen die Angriffe der Internationale von Moskau auf dem Internationalen Gewerkschaftsbund Einspruch erhoben wird. Die von Finmen unterbreitete Entschlieung wurde mit 21 906 000 Stimmen gegen 2 710 000 Stimmen angenommen.

Amsterdam, 24. Nov. Einer Meldung des „Telegraaf“ zufolge warnte Finmen in seiner Rede anlässlich der Tagung des Gewerkschaftsbundes in London vor Teilausscheiden. Er sagte, es sei sehr leicht, daß zahlreiche Arbeiter die Arbeit wegen einer verhältnismäßig kleinen Lohnerhöhung niederlegten, ohne mit den Gewerkschaften anderer Länder vorher zu beraten.

### Weltpostkongreß.

Madrid, 25. Nov. (Havas.) Der Weltpostkongreß hat die Konvention des Weltpostvereins angenommen, nach der der internationale Tarif auf 50 Centimes für den Brief, für die Postkarte auf 30 Centimes und für jede 50 Gramm Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenmuster auf 10 Centimes festgesetzt wird. Die Länder, in denen die Basula höher steht als in Franken, sind berechtigt, diese Ansätze in der Frankenkürzung entsprechenden Tagen anzuwenden, ohne aber unter die auf dem Weltpostkongreß von Rom festgesetzten und gegenwärtig in Kraft stehenden Tagen gehen zu dürfen. Der nächste Weltpostkongreß wird im Jahre 1924 in Stockholm abgehalten werden.

### England und griechische Thronfrage.

London, 25. Nov. Wie die „Times“ erfährt, wird das britische Auswärtige Amt der Rückkehr des Königs Konstantin seinen Widerstand entgegensetzen, wenn sie vom griechischen Volk verlangt wird, jedoch der neuen Regierung klar machen, daß sie nicht dieselbe Unterstützung erwart könne, wie Venizelos.

### Wiederaufnahme

der polnisch-russischen Friedensverhandlungen.  
Kopenhagen, 25. Nov. Nach einer Meldung aus Riga find die polnisch-russischen Friedensverhandlungen wieder aufgenommen worden. Die Rechtskommission und die politische Kommission der Friedenskonferenz beendeten gestern die Ausarbeitung der Amnestiebestimmungen.

### Reorganisation des Wrangelheeres durch Frankreich.

Paris, 28. Nov. Die Morgenblätter verbreiten eine Depesche aus Konstantinopel, wonach die Franzosen das Heer Wrangels vollständig umorganisieren wollen. Diese Umgestaltung würde auf Gallipoli und auf der Insel Lemnos erfolgen.

### 4 Wrangelkreuzer in Sowjethänden.

Berlin, 26. Nov. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Reval meldet, erklärte der Befehlshaber der roten baltischen Flotte, Raschokow, in der Petersburger „Pravda“, daß von der Wrangelflotte in Sewastopol vier Panzerkreuzer in die Hände des Sowjetkommandos gefallen seien.

## Deutschland.

### Annahme der ober-schlesischen Autonomie im Reichstag.

Berlin, 25. Nov. Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf über die Bildung eines Landes Oberschlesien (Autonomiegesetz) gegen die Stimmen der Deutschnationalen an und erledigte das Gesetz schließlich in 3. Lesung. Der Antrag der USP auf Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung der Neugliederung Deutschlands auf Grund der natürlichen landschaftlichen Zusammenhänge, sowie der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung wurde abgelehnt.

### Valdige Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Bosnische Zeitung“ aus Kattowitz meldet, hat die Interalliierte Abstimmungskommission die Bildung von Abstimmungsausschüssen für alle Gemeinden Oberschlesiens binnen fünf Tagen angeordnet.

### Wirtschaftliche Abmachungen mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Oesterreich.

Berlin, 25. Nov. Dem Reichstag ist nunmehr der Entwurf eines Gesetzes über verschiedene Vereinbarungen zwischen Deutschland und Ungarn, der Tschechoslowakei, sowie Oesterreich zugegangen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit bittet der Reichsminister des Aeußern, die Vorlage möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen. Die genannten Vereinbarungen sind wirtschaftlicher Art. Sie bauen sich auf dem alten deutsch-österreich-ungarischen Handelsvertrag und stellen in weitem Umfang die alten Friedensbeziehungen wieder her. Anstelle der zolltarifischen Abreden ist als Grundlage die Weisbegünstigung getreten. Ferner sind Erleichterungen

ksbund.  
rtrag  
b Laugmann  
ber  
re Mission)  
hen Hofes“  
ntag,  
und zwar  
Schuljugend  
wachsende.  
en. Eintritt frei!  
ruppe Calw.  
ung.  
Freunde und  
den 27. Nov.  
ier  
Neuhengstett  
Hundersingen,  
Neuhengstett.  
er Einladung  
7. November  
Feier  
Liebenzell  
ein  
Liebenzell.  
dorf.  
uch.  
49 Jahre,  
größerem  
mündigem  
verheiratet,  
in Hofgut.  
ild unter  
schäftsstelle  
elle  
elt empfiehlt  
Calw  
auscht eine  
wirtschaft  
od. Umgeb.  
Laden mit  
nerwohnung  
ttgart sofort  
uf 1. April.  
unter J. 276  
schäftsst. des Bl.



Des Grenzverkehrs aus der Grenzüberwachung wieder gestattet, der gegenseitige Eisenbahnverkehr geregelt, mit der Tschechoslowakei ein Abkommen über den gegenseitigen Bezug von Kohlen getroffen, mit der Tschechoslowakei und Oesterreich gewisse finanzielle Fragen geregelt worden das Staatsangehörigkeitsabkommen zu vereinbaren, das den deutschen Reichsangehörigen, die nicht in den Abtretungsgebieten, sondern in der übrigen Tschechoslowakei zur Zeit der Gründung dieses Staats ansässig waren, die deutsche Staatsangehörigkeit erhält.

### Der bayerische Ministerpräsident in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Der in Berlin weilende bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Minister des Äußern, Dr. Simons. Am Abend leistete er einer Einladung des Reichswehrministers Gessler Folge. Heute veranstaltet der Reichskanzler zu seinen Ehren ein Frühstück, an dem auch der Reichskommissar für die Entwaffnung teilnehmen wird.

### Ein Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeiter.

Berlin, 25. Nov. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat in Erkenntnis der Not der geistigen Arbeiter einen Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit gebildet, dessen Aufgabe es sein soll, die Voraussetzungen für eine produktive Eingliederung der geistigen Arbeit in das Wirtschaftsleben zu schaffen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Professor Dr. Ernst Jähle vom Deutschen Werkbund gewählt. Die Luxussteuer, das Urheberrecht und die Möglichkeit von Staatsbeihilfen in Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge für geistige Arbeiter werden einen Teil des Programms der nächsten Sitzung bilden, die während der Zeit vom 10. bis 18. Dezember stattfindet. Ferner wird dann ein Antrag der Verze gegen die von den Krankenkassen beabsichtigte Einschränkung ihres Arbeitsgebiets und ein weiterer, die Entlohnung der geistigen Arbeit im Verlagsgewerbe betreffender Antrag verhandelt werden. Alle Organisationen geistiger Arbeiter, die für diese und weitere Fragen, z. B. Rohstoffversorgung der Kunst, Veretzungsfragen, Wertzuwachs von Kunstwerken, Belastung sogenannter freier Musik- und Literaturwerke zur Bildung eines Fonds für die junge Generation usw. Vorschläge haben, werden aufgefordert, diese als begründete Anträge an den Unterausschuß zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit an den Reichswirtschaftsrat zu richten.

### Keine Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 25. Nov. Die heutige Meldung einer hiesigen Korrespondenz, daß die inländischen Postgebühren erneut erhöht werden sollen, beruht, wie von der Nachrichtenstelle des Reichsministeriums mitgeteilt wird, auf Erfindung.

### Der Lehmbau.

Kottbus, 25. Nov. Der Reichspräsident beauftragte gestern die Lehmabauten der vom Wohlfahrtsministerium ins Leben gerufenen Lehr- und Versuchsstellen für Naturbauweise in Sorau (Niederlausitz). Die Tätigkeit dieser Versuchsstelle ist insofern von Bedeutung, als sie nachgewiesen hat, daß die technische Möglichkeit, Bauten in unbegrenzter Zahl herzustellen, heute bereits besteht und daß durch den Lehmbau die infolge des Kohlenmangels so beschränkt mögliche Bautätigkeit bedeutend erweitert werden kann. Der Lehmbau wird eine besonders wichtige Rolle bei der notwendigen Rückführung von Teilen der städtischen Bevölkerung in ländliche oder in halbländliche Verhältnisse spielen.

### Der Fall Kaiser.

Berlin, 26. Nov. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus München meldet, ist während sich der Dichter Georg Kaiser in psychiatrischer Untersuchung befindet, seine Gattin auf Antrag ihres Verteidigers mit Rücksicht auf ihre Kinder aus der Haft entlassen worden.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. November 1920.

### Vom Rathaus.

\* Zu Beginn der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r wurde der Antrag des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Teinach um Zustimmung zur Erhöhung des Preises für den von diesem Werk bezogenen elektrischen Strom zur Erörterung gestellt. Das Werk teilt mit, daß die anhaltende weitere Steigerung der Stromerzeugungskosten und Verwaltungslohnkosten seit der letzten Erhöhung (1. Juli 1919) zu einer Erhöhung des Strompreises zwingen, nachdem ein Preisabbau leider nicht eingetreten sei. Der Verwaltungskostenzuschlag soll von 3 auf 10 Pfennig für die Kilowattstunde erhöht werden, der Kohlenpreiszuschlag von 0,015  $\mathcal{M}$  auf 0,025  $\mathcal{M}$ . Der Gemeindeverband müsse für Fremdstrom 75  $\mathcal{M}$  pro Kilowattstunde bezahlen. Der Vertreter der technischen Werke der Stadt, Ingenieur G e r h a r d, hat erklärt, daß gegen die Strompreiserhöhung wohl nichts einzuwenden sei. Doch sollen beim Nachtstrom Zugeständnisse gemacht werden, weil hier die Wasserkraft besser ausgenutzt werden kann. Der Verband hat auch in dieser Richtung Zusagen gemacht. Die Erhöhung der Strompreise des Verbands zieht natürlich auch eine Erhöhung der Strompreise des städtischen Elektrizitätswerks nach sich. Bisher hat die Stadt für den Strom aus dem Teinacher Werk 40  $\mathcal{M}$  bezahlt; jetzt wird er auf 90  $\mathcal{M}$ , zu stehen kommen, und nach der Umformung sogar auf 1  $\mathcal{M}$ . Der seit Wochen anbauende Wassermangel hat eine gewaltige Inanspruchnahme des Dieselmotors zur Folge gehabt, wodurch die Stromkosten auf 2  $\mathcal{M}$  gestiegen sind. Während im August noch 60–80 Kilowattstunden mit dem Dieselmotor erzeugt worden seien, sei die Erzeugung im Oktober auf 4000 und im November auf 8500 gestiegen. Zur Zeit werden  $\frac{1}{2}$  der Stromerzeugung mit dem Dieselmotor vorgenommen,  $\frac{1}{4}$  mit der Turbine und die Hälfte des benötigten Stroms werde von Teinach bezogen. Im Oktober hätten die Stromerzeugungskosten 3100  $\mathcal{M}$  mehr betragen als die Einnahmen, im November werde sich ein Verlust von 13 100  $\mathcal{M}$  ergeben. Zum Vergleich der Strompreise mit anderen Städten wird darauf hingewiesen, daß in Hall die Licht- bzw. Kraftpreise 1,75 bzw. 1,00  $\mathcal{M}$  betragen, in Kottweil 1,10 bzw. 0,80  $\mathcal{M}$ , in Friedrichshafen 1,40 bzw. 1,20  $\mathcal{M}$ , in Lauffen a. N. 1,10 bzw. 0,90  $\mathcal{M}$ , in Crailsheim 2,50 bzw. 1,85  $\mathcal{M}$ . Die Licht- und Strompreise im Lieferungsgebiet des Gemeindeverbands Teinach selbst betragen 1,80 bzw. 1,20  $\mathcal{M}$ , von 1. Dezember ab 2,00 bzw. 1,50  $\mathcal{M}$ . Der Vorsitzende bemerkte, daß man bei Fest-

## Unbillige Bekanntmachungen.

Vergütung für Kriegsteilnahmen.

Gemäß Art. 21 Abs. 3 des Ges. über Kriegsteilnahmen vom 13. 6. 1873 (R.G.V. S. 121) wird die Gemeinde M ö t t l i n g e n aufgefordert, ihre Anerkennnisse über Vergütung für Naturalquartier und Stallung in den Monaten November und Dezember 1918 der Oberamtspflege behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen.

Calw, den 23. November 1920.

Oberamt: G ö s.

setzung der städtischen Strompreise auch auf die Teinacher Preise Rücksicht nehmen, denn auf den Generalversammlungen des Gemeindeverbands würden immer starke Vorwürfe gegen die billigen Strompreise in Calw erhoben. Zudem seien kräftige Rücklagen notwendig, um einen Grundstock für Anschaffungen zu haben. Im übrigen müsse angesichts der künftigen Steuerbeschränkung der Gemeinden auch darauf Bedacht genommen werden, daß die produktiven Anlagen auch eine gewisse Rente abwerfen. G. N. G e o r g i i trat dieser Auffassung bei. Im allgemeinen herrschte jedoch im Kollegium die Ansicht vor, daß vorerst die Erhöhung der Preise nicht mehr als notwendig vorgenommen werden solle. Man einigte sich schließlich auf die Erhöhung des Lichtpreises von 1,30  $\mathcal{M}$  auf 1,60  $\mathcal{M}$ , und des Kraftpreises 0,90  $\mathcal{M}$  auf 1,10  $\mathcal{M}$  (Fortsetzung des Berichts morgen.)

### Zusammentritt der Landwirtschaftskammer.

Die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer findet am 1. Dezember nachmittags 3 Uhr im Sitzungssaal des Gesundheits- und Arbeitsministeriums statt. Die Tagung wird drei Tage in Anspruch nehmen. 25 Punkte stehen auf der Tagesordnung.

## Auf 1. Dezember

nehmen alle Postämter und -stellen,  
die Boten, unsere Austräger, die  
Geschäftsstelle Bestellungen  
auf das Calwer Tagblatt an.

### Keine Freigabe des Hafers aus der Ernte 1920.

Von unterrichteter Seite geht uns die Mitteilung zu, daß von einer Freigabe des Hafers aus der Ernte 1920 jetzt oder später keine Rede sein kann. Wenn Bauernorganisationen die Forderung gestellt haben, daß der Hafer, weil kein Brotgetreide, freigegeben werden soll, so wissen sie ganz genau, daß dieses Verlangen für den 1920er Hafer nach den bestehenden Bestimmungen nicht mehr durchgesetzt werden kann, sie wollten vielmehr für die nächste Ernte frühzeitig genug gesprochen haben.

### Ortsklasseneinteilung und Steuerzuschlag.

Der Bund der Verkehrsbeamten hat in einer kürzlich stattgefundenen Beiratsitzung einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem gesagt wird, daß auf Grund von Mitteilungen die Annahme berechtigt sei, daß die würt. Beamtenschaft bei der zurzeit in Berlin berathenen Ortsklasseneinteilung einer unerträglichen Zurücksetzung unterworfen werden soll. Dagegen müsse mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Gerade in Württemberg sei die Steuerung im letzten halben Jahr viel stärker fortgeschritten als im übrigen Deutschland. Die in der Besoldungsordnung festgelegten Bezüge würden bei einem großen Teil der Beamtenschaft, besonders in den unteren Besoldungsgruppen, nicht mehr ausreichen, um die notwendigen Bedürfnisse des Lebensunterhalts zu bestreiten. Es sei daher eine dringende Notwendigkeit, den Steuerzuschlag zu erhöhen. Der Beirat ersuchte die Generaldirektion und die Zweigstelle in Berlin, ihren ganzen Einfluß im Sinne des Antrags geltend zu machen.

### Für Rentenempfänger.

Für die Bezüher von Renten aus der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie der Arbeiterpensionskasse wird an folgendes erinnert: Die Quittungen über monatliche Unfall-, Invaliden-, Hinterbliebenenzahlungen (samt Zulagequittungen) müssen im letzten Monat des Kalendervierteljahres (also März, Juni, September und Dezember) beglaubigt sein. Die Quittungen über laufende Zahlungen für Rechnung der Arbeiterpensionskasse für den Monat Dezember müssen auf der Rückseite eine standesamtliche Bescheinigung des Personenstandes des Rentenempfängers tragen. Die Quittungen über einmalige Unfall- und Invalidenrentenzahlungen müssen stets beglaubigt sein, sofern nicht durch entsprechenden Vermerk in der Zahlungsanweisung auf Beglaubigung verzichtet ist. Die Heeresrenten usw. Empfänger werden auf die Anmerkungen auf der Rückseite dieser Quittungen aufmerksam gemacht. Die Handzeichen derjenigen Rentenempfänger, welche des Schreibens unkundig oder unfähig sind, müssen in allen Fällen beglaubigt sein, auch wenn eine Beglaubigung nicht erforderlich sein sollte. Die Rentenempfänger im Landbestellbezirk haben ihre Bezüge stets durch den Landpostboten erheben zu lassen. Die pünktliche Abhebung der Gebühren an den Fälligkeitstagen ist in jedem Monat dringend notwendig.

### Warnung vor der Fremdenlegion.

Auch in Ehlingen betreiben gewissenlose Leute die Werberarbeit für die Fremdenlegion. Es wird deshalb öffentlich auf die Gefahren der Fremdenlegion aufmerksam gemacht. Die Werber bedienen sich vorzugsweise des Alkohols, um ihren Dursen, so bald diese in willenlosem Zustand sich befinden, die Feder zur Unterzeichnung des Vertrags in die Hand zu drücken und damit ihre Einwilligung zu erpressen. Der neueste Trick der französischen Fremdenlegion besteht darin, daß sie sich zur

Erreichung ihrer dunklen Zwecke nicht nur vor Mannern bedient, sondern es ist wiederholt festgestellt worden, daß auch anrüchliche Frauen zu diesem Werbegeschäft ihre Hand bieten. Unsere jugendlichen Volksgenossen seien gewarnt, umso mehr, als vor kurzem auch Söhne der Stadt Ehlingen solchen Werbern in die Hände gefallen und nach Algier verschleppt worden sind.

### Einheitschule und Grundschule.

Dem menschlichen Geist überhaupt, besonders aber dem Geist unserer Zeit ist das Streben nach Einheitlichkeit wesentlich. Ob es ihm gelingt, ob es überhaupt sinnvoll ist, eine Ausgleichung aller Stände- und Bildungsunterschiede herbeizuführen, bleibe dahingestellt; jedenfalls verhalf die Revolution vom November 1918 der Einheitsidee auf dem Gebiet der Schule vollends zum Sieg. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule soll sich das mittlere und höhere Schulwesen aufbauen. Diese einheitliche Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens, die Einheitschule, soll ein Gegengewicht darstellen gegenüber den vielen trennenden Momenten des modernen Lebens. Einseitigkeiten haben wir für diese neue Schulform noch nicht viel mehr als den Namen. Jede pädagogische Richtung versteht etwas anderes darunter. Anzustreben wäre eine soziale Einheitschule, bei deren Aufbau Ständespezifitäten ausgeschaltet werden. Eine pädagogische Einheitschule setzt einen einheitlichen Gedankenkreis der Erziehenden und der Zöglinge voraus. Man fragt sich billig, ob diese Schulart heute noch möglich ist? Möglich aber ist, daß ein organischer Zusammenhang der einzelnen Schularten hergestellt wird, so daß ein Uebergang von einer Schule zur andern, etwa von der Volksschule in jede andere höhere Schule, möglich ist. Dies wird dann ganz von selbst eine höhere Wertung der Volksschulbildung herbeiführen, weil diese aus ihrer Vereinzelung herauskommt. Bisher galt nur als voll, wer mindestens den Berechtigungsschein für das Einjährige vorzeigen konnte, Er ist vorläufig glücklich verschwunden.

Es dürfte kaum überraschen, daß für die Einheitschule eine einheitliche Methode vorgesehen ist: die Arbeitsmethode, und zwar für alle Stufen. In ihr soll, was unsere großen Pädagogen schon längst ausgesprochen und verlangt haben, endlich der freien Selbsttätigkeit der Schüler mehr Raum gewährt werden. Vielleicht gelingt es dieser Methode, die erschreckende Passivität und Teilnahmslosigkeit so großer Massen unseres deutschen Volkes zu überwinden.

Schon im nächsten Frühjahr wird mit der Einführung der neuen Schulart begonnen: alle Kinder aller Stände kommen zunächst 4 Jahre lang in die gemeinsame Grundschule. Ich bemerke, daß in kleineren Städten wie Calw diese Grundschule bisher schon vorhanden war, aber nur 3 Jahre dauerte. Große Städte aber hatten ihre Vorschulen, die besonders für die höheren Schulen vorbereiteten und oft argen Drill trieben. Diese Vorschulen fallen nun alle weg.

Von besonderem Interesse ist die Arbeitsmethode in der Grundschule, denn hier nimmt sie auffällige Formen an. Die betreffenden Lehrkräfte müssen durch besondere Kurse auf die neue Lehrform eingestuft werden. Es läßt sich ahnen, daß diese Umstellung viel Mühe, viel Studium und viel praktische Betätigung mit sich bringt. Die Ausgestaltung ist in Land- und Stadtschulen nicht durchaus dieselbe; weitere Schwierigkeiten entstehen für die ein- und mehrklassigen Schulen wegen allzu beschränkter Zeit und oft engem Raum. Auch die Materialfrage ist schwierig zu lösen. Der Handbetriebslehre ist hier im weitem Maß Raum gewährt. Es werden Stäbchen gelegt im Rechnen, Lesen und in der Heimatkunde. Anstatt das Ergebnis der Aufgabe 4+3=7 auswendig zu lernen, erarbeiten sich die Kleinen das Resultat selbst durch Auflegen der Stäbchen. In Heimatkunde die Umrisse einfach darzustellender Gegenstände. Hier wird dem späteren Zeichnen vorgearbeitet. Beim Ausschneiden mit Scheere und farbigem oder schwarzem Papier wird das Auge besonders zum Sehen von Flächen geschult. Die Schwerfälligkeit der Kinder zeigt, wie nötig diese Schulung ist. Das Formen sofern es richtig betrieben wird, stellt wohl am meisten Anforderungen an die Geschicklichkeit der Hand. Mit farbigem Plastilin lassen sich sehr schöne Gegenstände herstellen. Durch flüchtiges Zeichnen soll die Hand mehr und mehr zu einem Werkzeug der Sprache, zu einer „redenden Hand“ herangeführt werden.

Wer oberflächlich urteilt, könnte versucht sein, diese Art von Arbeit Spielerei zu nennen, Dem gebe ich den Rat, die Dinge einmal selbst auszuprobieren. Die ersten Erfahrungen schon werden sein Urteil korrigieren und ihm Respekt vor solcher Betätigung einflößen.

Berechtigter ist die Frage: Ist solche Handarbeit Aufgabe der Schule? Von dem Lehrer wird die Sache jedenfalls verlangt. Die Kinder aber bekommen zweifellos viel Anregung zu wertvoller Beschäftigung für die oft so langweiligen Winterabende. Weil aber bei solcher Arbeit ein jedes Kind auf sich selbst gestellt und im Vollsein des Wortes geistig und körperlich selbst tätig ist, kommt hier ein Hauptgedanke der Arbeitschule zur Darstellung: der der Selbsttätigkeit. Dadurch werden im Kind Kräfte geweckt und entwickelt, die sonst weiter geschlummert hätten. Das bedeutet eine Bereicherung des Geisteslebens, wobei auch die Erfolge im besseren Gebrauch der Hand nicht zu unterschätzen sind, denn sie kommen anderen Fächern, wie Schreiben und der feinen Handarbeit bei den Mädchen wieder zugut.

Die Freude aber und das unmittelbare Interesse, das die Kinder solcher Arbeit entgegenbringen, auch wo es sich um verhältnismäßig schwere Aufgaben handelt, sind Zeugen dafür, wie sehr die Schule damit ein elementares Bedürfnis der Kinder befriedigt, indem sie einen gerechten Ausgleich zwischen geistiger und körperlicher Arbeit schafft. Denn die Kinder sind von jeher Anhänger einer „Pädagogik der Tat“ gewesen.

Calw.

Ein  
Der  
emer  
Zu  
ren  
Sch  
beitet  
Klassen  
Klasse  
fällt,  
narist  
femen,  
die hö  
zeptore  
sie in  
beitsgeb  
auch na  
kann ni  
unteren  
Fremdsp  
dieser K  
leit. Au  
ren Schu  
daß auf  
können,  
schuldien  
neuerer  
gruppe.  
sollen.  
werden?  
gehöriger  
Trotz a  
man die  
ermöglic  
reform,  
Zweck,  
stieg zu  
Reallehr  
beitsgeb  
Grundsch  
Rechnun  
Neben  
enen er  
aber, be  
haben E  
große K  
Sparkass  
Nennwer  
dem Ku  
übrigen  
Kurse re  
schwante  
Sparkass  
Kursaus  
lich, wer  
hält. In  
viele Sp  
deutschen  
3,5 Proz  
Neben  
wenden.  
spiel nur  
Lebensh  
10 000  
Lassen, j  
Denn di  
für die  
3)  
Die  
wirtin  
eingelei  
Widerre  
und der  
legteren  
fall alle  
hatte.  
denn sie  
Weib, d  
föрге fü  
hielt.  
Das  
fällig be  
schneiden  
gewesen,  
unterbre  
flüsternd  
Hindern  
lauteften  
Er  
„Landlei  
gespielt  
vor, daß  
„goldene  
Gerichte  
wollte;  
für zu v  
bekäm'  
worden,  
weniger



## Eingabe der Präzeptoren und Reallehrer Württembergs an den Landtag.

Der Verein der Präzeptoren und Reallehrer hat sich in einer Eingabe an den Landtag gewandt mit der Bitte um Zuweisung der jetzigen zweiten (künftig ersten) Klasse der höheren Schulen als Wirkungsgebiet. Diese Lehrerkategorie arbeitet seit mehr als einem halben Jahrhundert an den unteren Klassen der höheren Schulen. Da nun aber die bisherige erste Klasse durch Einführung der vierjährigen Grundschule wegfällt, hat die Schulverwaltung offenbar die Absicht, diese seminaristisch gebildeten Lehrer aus den höheren Schulen zu entfernen, umso mehr als eine Programmforderung der Pädagogen die höhere Schule für die höheren Lehrer verlangt. Die Präzeptoren und Reallehrer wünschen deshalb das wenigste, was sie in ihrer Lage wünschen müssen: die Erhaltung ihres Arbeitsgebiets — die unteren Klassen der höheren Schulen — auch nach Einführung der Grundschule. In ihrer Befähigung kann nicht gezwungen werden, denn die Hauptaufgabe in den unteren Klassen wird nach wie vor die Einführung in die Fremdsprache sein, und darin haben alle derzeitigen Lehrer dieser Kategorie reiche Erfahrungen ihrer seitherigen Tätigkeit. Außerdem entspricht ihre Weiterverwendung an den höheren Schulen den Forderungen der Sparpolitik wie derjenigen, daß auf Stellen, die von mittleren Beamten versehen werden können, keine höheren verwendet werden sollen. Aus dem Volksschuldienst hervorgegangene Lehrer haben erfreulicherweise in neuerer Zeit die Möglichkeit des Aufstieges bis in die Rätegruppe. Für Präzeptoren und Reallehrer gab es kaum einen solchen. Sollen sie dazu noch aus ihrem Arbeitsgebiet verdrängt werden? Diese Lehrergruppe hat nur den Fehler, daß ihre Angehörigen keine Akademiker sind. Wirkt es nicht geradezu wie Ironie auf den ganzen Sinn und Zweck der Schulreform, wenn man diese Lehrergruppe, statt ihr stammgemäß einen Aufstieg zu ermöglichen, auch noch verdrängen wollte. Die ganze Schulreform, die mit Einführung der Grundschule einsetzt, hat ja den Zweck, nur nach Anlage, Neigung und Fähigkeit allen den Aufstieg zu ermöglichen. Darum haben sich die Präzeptoren und Reallehrer an den Landtag gewandt, daß sie aus ihrem Arbeitsgebiet nicht ohne weiteres verdrängt werden und daß dem Grundsatz von der freien Bahn dem Tüchtigen, auch wirklich Rechnung getragen wird.

### Der Zinsfuß der württ. Sparkassen.

Neben ersten Hypotheken haben die Sparkassen bekanntlich einen erheblichen Teil ihrer Bestände in Anleihen angelegt, die aber, besonders die Kriegsanleihe, erhebliche Kursstürze erlitten haben. Die meisten Sparkassen haben deshalb im letzten Jahre große Kursverluste erfahren. Durch Reichsverordnung sind die Sparkassen verpflichtet, jährlich mindestens ein Prozent des Nennwerts der Kriegsanleihen abzuschreiben, damit sie sich von dem Kursverlust langsam erholen können. Da aber auch die übrigen Wertpapiere, insbesondere Staatsobligationen, im Kurse teilweise erheblich zurückgegangen sind, und täglich Kurschwankungen unterliegen, ist es im Interesse der Solidität der Sparkassen unbedingt geboten, daß sie starke Reserven zum Kursausgleich ansammeln. Das ist aber in Zukunft nur möglich, wenn sie in der nächsten Zeit den Einlagezinsfuß senken. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache haben sich deshalb viele Sparkassen außerhalb Württembergs, darunter die größten deutschen Sparkassen, entschlossen, den Einlagezins von 4 auf 3,5 Prozent oder 3 Prozent herabzusetzen und die jährlichen Ueberlässe lediglich zur Stärkung ihrer Reservefonds zu verwenden. Die württembergischen Sparkassen scheinen diesem Beispiel nur zögernd zu folgen. Nun spielt es aber für die gesamte Lebenshaltung heutzutage, kaum eine Rolle, ob jemand aus 10 000 M dem üblichen Einlagehöchstpreis der württ. Sparkassen, jährlich 400 M, oder nur 350 oder 300 M Zinsen bezieht. Denn diese Beträge allein sind bei der jetzigen Geldentwertung für die gesamten Jahreseinnahmen von geringer Bedeutung

## Mit geh'n tan tat's.

Humoreste von L. Angengruber.

Die Simmerlsephe wäre nicht die tüchtige Hauswirtin gewesen, die sie in der Tat war, wenn ihr das nicht eingeleuchtet hätte. Sie ließ sich daher nach einigen kurzen Widerreden von der Notwendigkeit des Hochzeitmachens und der Aufrichtung eines Ehepaares überzeugen, in welschem letzterem gegenseitig ein Teil dem anderen für den Todesfall alle bewegliche Habe und Liegenschaften zu verschreiben hatte. Ein tiefes Geheimnis bleibt es wohl für immer, denn sie wird sich ebensowenig, wie solchenfalls irgend ein Weib, dazu verstehen zu lassen, ob sie all diese Fürsorge für den geliebten Mann oder für sich wohlangebracht hielt.

Das aber stand fest, daß ihre Einwilligung eine aufwändig beruhigende Wirkung auf den Nervenreiz des Kraut- schneiderjock übte; war dieser bisher einige Male genötigt gewesen, Auseinandersetzungen wegen Luftmangels zu unterbrechen oder wegen Halskittels nur stoßweise und flüsternd vorzubringen, so stellte sich ihm nunmehr kein Hindernis entgegen, seiner sichtlichen Freude lauten und lautesten Ausdruck zu geben.

Er piß, jodelte und sang mit unterlegtem Text die „Landler“ und „G'strampfften“, die an dem Ehrentage aufgeführt werden sollten, seiner künftigen Kraut- schneiderin vor, dazwischen plauderte er von der Gasterei, die in der „goldenen Sonne“ stattzufinden hätte, was er dabei für Gerichte auf dem Tische und für Gäste in der Stube haben wollte; dagegen meinte die Sephin, er trage zu gut und für zu viele an, was man dafür aufzuwenden gedächte, bekäm' der Wirt im Vorhinein, und mehr als ausgemacht worden, dürfe es nicht kosten, daher je mehr Leut', je weniger Traktament oder umgekehrt.

und Wirten niemand vor dem Verhungern schützen. Das wahre Interesse der Sparer wird deshalb von den Sparlassen nur dann gewahrt, wenn sie nicht auf eine möglichst hohe Verzinsung, sondern auf eine möglichst hohe Sicherheit der Einlagen setzen. Die Sparer müssen sich immer dessen eingedenk sein, daß höchster Zins und zugleich höchste Sicherheit nie zu vereinen sind und daß ihnen namentlich zur Zeit durch eine möglichst hohe Sicherheit ihres Geldes mehr gebietet ist, als mit einem geringfügig höheren Zinsfuß bei geringerer Sicherheit.

### Häuser im Gefängnis.

Der bekannte Louis Häuser wurde vom Leipziger Schöffengericht wegen Beamtenbeleidigung zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. In einem Brief an die Oberpostdirektion Leipzig hatte er die Beamten dänische Leute, Wildschweine, Säue, Rhinoceros usw. genannt. Auch hat er einem Schutzmann gegenüber, der ihn abführen wollte, Widerstand geleistet. In fast unerträglich schwulstiger Redeweise verteidigte sich der „Wahrheitsverfälscher“.

### Gegen die sittliche Verwilderung der Jugend.

(S. B.) Stuttgart, 24. Nov. Der Finanzausschuß fehte heute seine Beratungen über Kapitel 13 fort, das nach verschobenen Beanstandungen in einzelnen Teilen Annahme fand, ohne daß Anträge auf Änderungen des Etats gestellt wurden. Ein Antrag des Abg. Kriehle (Ztr.) ging dahin, das Staatsministerium zu ersuchen, a) mit allen Mitteln die Verwilderung der Jugend zu bekämpfen, insbesondere die Herausgabe und Verbreitung von Schmutz- u. Schundliteratur, sowie die Aufführung von sittengefährdenden Theaterspielen, jedenfalls den Besuch solcher Aufführungen durch Jugendliche zu verhindern; b) mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Bestimmung des Reichsspielgesetzes vom 2. Mai 1920, wonach Jugendlichen unter 18 Jahren der Besuch der Lichtspieltheater verboten ist, streng und allgemein durchgeführt wird. Nach vorausgegangener Debatte wurde der Antrag mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen der U.S.P. angenommen.

### Der Main-Donaukanal.

(S. B.) Stuttgart, 23. Nov. Mit dem geplanten Neckar Kanal steht bekanntlich das bayerische Projekt des Main-Donaukanals in starkem Wettbewerb. Der Mainkanal geht bis Aschaffenburg—Bamberg, benützt dann den alten Ludwigskanal bis Nürnberg und soll von hier ab bis Regheim an der Donau als Ueberlandkanal ausgebaut werden. Der Gegensatz zwischen Bayern und Württemberg dreht sich nun in der Hauptsache, nachdem das Reich sowohl diese Kanalstrecke als den Neckar Kanal bis Plochingen als allgemeine, dem Verkehr dienende Wasserstraße anerkannt hat, um die Kanalisierung der oberen Donau zwischen Regensburg und Ulm. Doch ist in der letzten Zeit, wie wir hören, ein Ausgleich der widerstreitenden Interessen angebahnt worden. Bayern ist mit der Kanalisierung dieser Strecke einverstanden, wenn der Ueberbau der Wasserkräfte dem Ueberlandkanal Nürnberg—Regheim zugewandt wird. In Württemberg beansprucht man gleiche Behandlung seiner Kanalprojekte wie der in Bayern. Auch Baden hat erhebliche Interessen am Ausbau der oberen Donau, denn nur dadurch wird es an das große osteuropäische Wasserstraßennetz angeschlossen. Die Kanalisierung der oberen Donau ist zugleich die Voraussetzung für den Bau der württ. Kanalstrecke über die schwäbische Alb (Geislingen—Ulm). Württemberg stützt sich außerdem auf den Friedensvertrag, der die Donau von ihrer Mündung bis Ulm internationalisiert. Württemberg und Bayern sind je durch einen Vertreter mit Sitz und Stimme an der internationalen Donaukommission, auch einer Einrichtung des Friedensvertrags, beteiligt. Beide Staaten streben eine ständige Vertretung beim Generalsekretariat dieser Kommission in Budapest an. Die Entscheidung über die Donaufragen fällt aber auf der internationalen Donaukonferenz, bei der nur die Entente-Sieger Stimmrecht haben, während die deutschen Vertreter nur zugelassen sind. Diese Konferenz hat die erste Sitzung der Donaufrage kürzlich beendet und wird im März 1921 wieder zusammentreten. Die internationale Donaukommission tritt am 1. Dezember in Wien zusammen. Es gelang dort, wenigstens die deutsche Sprache als gleichberechtigt mit

der französischen für die Schiffspatere durchzusetzen. Württemberg wird dabei wieder wie in Paris, wo die letzten Sitzungen stattfanden, durch den Regierungsrat Dr. Hirsch im Ministerium des Innern vertreten sein.

(S. B.) Schöppingen O. A. Leonberg, 24. Nov. Dem Mühle- besitzer Deder wurde nachts ein wertvolles Schwein gestohlen und gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet. Vom Täter hat man keine Spur. — Hier wurde ein Fahrzeug angehalten, das 18 Zentner Weizen geladen hatte, die aus dem Bezirk verschoben werden sollten.

(S. B.) Altingen, O. A. Herrenberg, 24. Nov. In vergangener Nacht wurde dem ledigen Wilhelm Haar hier ein etwa 120 Pfund schweres Schwein aus dem Stalle gestohlen. Von den Tätern hat man keine Spur. Zwei Nächte zuvor wurde bei einem anderen hiesigen Bürger schon der Versuch gemacht, seinem Schweinestall einen Besuch abzustatten, aber ein Hund verschluckte dort die Diebe.

(S. B.) Stuttgart, 25. Nov. Um dem Mangel an geeignetem Rohmehl abzuhelfen, wird das Lebensmittelamt neben der allgemeinen Mehlration ein aus Auslandsweizen hergestelltes, zu 75 Prozent ausgemahlenes Mehl zur Verteilung bringen und zwar monatlich 600 Gramm auf den Kopf der Versorgungsberechtigten. Dieses Mehl wird zum jeweiligen Selbstkostenpreis (der je nach dem Stand der Valuta höher oder niedriger ist) abgegeben. Zurzeit beträgt der Kleinverkaufspreis 5 M für das Pfund.

(S. B.) Tuttlingen, 25. Nov. (Großfeuer.) Im benachbarten Friedingen brach gestern Abend 7 Uhr Großfeuer aus, das acht Wohn- und Oekonomiegebäude einäscherte und 16 Familien ihres Obdachs beraubte. Große Futtervorräte und viel Inventar sind dem Brande zum Opfer gefallen, aber das Vieh konnte gerettet werden. Die Feuerwehren von Neuhausen und Mähleim erschienen auf dem Brandplatz. Die Löscharbeiten waren durch Wassermangel sehr erschwert. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt.

(S. B.) Schramberg, 25. Nov. Das Walzwerk Hausach bekam dieser Tage eine Wagenladung Eisenplatten aus dem Saargebiet. Beim Abladen bemerkten die Arbeiter eine Platte mit der Aufschrift: Hoch lebe Deutschland, wir sind die armen Saarländer, doch werden wir auch wieder deutsch. Mit Gruß Eure Saarländer.

(S. B.) Vörsch, 25. Nov. Im Verlag von Karl Rohm hier erscheint der „Württembergische Königsbote“ mit dem Titel „Furchtlos und treu!“ Der Zweck der Zeitschrift soll die Sammlung der Anhänger des Königtums in Württemberg sein zur Werbung für den Gedanken der Rückkehr der Monarchie.

## Kirchliche Nachrichten.

### Evangelische Gottesdienste.

1. Advent, 28. Nov. Vom Turm: 131. Predigt: 131. Wie soll ich Dich empfangen. Kirchenchor: Nacht hoch das Tor. 9 1/2 Uhr: Beichte in der Sakristei der Kirche. 9 1/2 Uhr: Predigt, Dekan Zeller. Anschließend Feier des hl. Abendmahls. 1 Uhr: Christenlehre, jüngerer Jahrgang der Töchter. 5 Uhr: Predigt im Vereinshaus, Stadtpfarrverweser Gehwend. Das Opfer am Adventsfest ist für den Gustav-Adolf-Verein bestimmt. Donnerstag, 2. Dez. 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Dekan Zeller.

### Katholischer Gottesdienst.

1. Adventssonntag, 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 1/2 Uhr nachm. Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Dienstag 1/8 Uhr Korate. Gottesdienste der Methodistengemeinde. Sonntag, 1. Advent. Vorm. 10 Uhr Predigt und hl. Abendmahl, Missionar Wenzel. Nachm. 2 Uhr: Bezirksmissions- Missionar Wenzel. Mittwoch 8 Uhr: Bibelstunde, Stooß. Stammheim: Abends 8 Uhr: Missionar Wenzel. Mittwoch 8 Uhr: Bibelstunde, Föhler.

Simmerlsephe ihm den Knecht für das Hof kommen lasse, und die Simmerlsephe, daß der Kraut- schneiderjock die Dirn' für die Kuh beistelle.

Man einigte sich also, den beiden zu schreiben. Nachsten sie kommen, wenn sie wollten, oder es bleiben lassen, man hatte wenigstens ein gutes Werk zu tun versucht, und der Himmel sieht gewiß auch auf den guten Willen.

Vorab sollte aber über alles Schnee fallen und nach dessen „Aufstehen“ Knecht und Dirn' ins Haus kommen, der Ehepakt geschlossen werden und die Hochzeit stattfinden.

Über das waren die beiden ins reine gekommen, als das Wägelchen vor dem grauen Häuschen stille stand. Man hörte die Stränge mit der Querflange fallen, das Pferd nach dem Stalle traben, und eine Weile darnach kam es über den Steg geträppelt, voran der Kraut- schneiderjock mit dem qualmenden, gelbblühenden Rienspane, ihm folgte auf dem Fuße die Simmerlsephe, sie gingen nach dem weißen Häuschen — „Krauter“ suchen.

### Zweites Kapitel.

Der Schnee „lahnt“ auf Hans und Grete. Es ereignen sich Dinge, die nicht voraussehen waren, aber sehr erklärlich sind.

Der Schnee war noch im Schmelzen und die Wege nicht die besten, da meldete sich schon der Knecht fürs Hof, und der Kraut- schneiderjock mußte nach der Kreisstadt fahren, um den jungen Hans Simmerl einzuholen. „Der Burck hatt's wohl auch erwarten können“, meinten die beiden Anwesener auf dem Steinfelde; als aber der Schnee längst hinweggeschmolzen und der Boden hübsch trocken geworden war, ehe die Dirn' für die Kuh, die Grete Kraut- schneider, von sich hören ließ, da meinten sie wieder: „Das Menck hatt' sich ordentlich Zeit lassen!“ (Fortsetzung folgt).



Stadtgemeinde Calw.  
Am 8. Dezember ds. Js. findet hier der  
**Weihnachts-Krämermarkt**  
statt, zu dessen Besuch ladet ein.  
Der für den gleichen Tag vorgesehene  
**Bieh- u. Krämermarkt**  
fällt aus.  
aus feuchten-  
polizeilichen Gründen aus.  
Calw, den 24. November 1920.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtschultheißenamt Calw.  
Auf Grund der §§ 6 und 10 der Verfügung des  
Ministeriums des Innern über  
**Bekämpfung der Wohnungsnot**  
vom 29. August 1919 (veröffentlicht im „Calwer Tag-  
blatt“ Nr. 204 vom 3. September 1919) hat der Ge-  
meinderat am 4. September 1919 folgende  
**Bestimmungen**

festgesetzt:  
1. Sämtliche verfügbar werdenden Familienwohnungen  
(d. h. Wohnungen mit Küche), sind innerhalb 3 Tagen,  
bei der Gemeindebehörde (Stadtschultheißenamt) anzu-  
melden.  
Als verfügbare Wohnungen gelten insbesondere neu-  
erbaute oder durch Umwandlung anderer Räume gemonnene  
Wohnungen sowie Wohnungen, die von ihrem Inhaber  
verlassen werden. Mietwohnungen gelten als verfügbar,  
sobald der Mietvertrag gekündigt oder in anderer Weise  
aufgehoben worden ist.  
2. Die Ueberlassung, insbesondere die Vermietung von  
Familienwohnungen an andere Personen und die In-  
gebrauchnahme von Wohnungen durch die privatrechtlich  
Berechtigten bedürfen der Genehmigung der Gemeinde-  
behörde (Stadtschultheißenamt). Diese Genehmigung ist  
im voraus einzuholen.  
3. Miet- u. ähnliche Verträge, die ohne die erforder-  
liche Genehmigung der Gemeindebehörden abgeschlossen  
werden, sind ungültig (§ 134 BGB.). Die privatrecht-  
liche Gültigkeit der Erwerbung dinglicher Rechte an Wohn-  
räumen, insbesondere durch Hauskaufverträge, wird durch  
die Vorschrift des Abs. 1 nicht berührt. Solche Rechte ge-  
währen aber ohne die erforderliche Genehmigung der Ge-  
meindebehörde dieser gegenüber keinen Anspruch auf In-  
gebrauchnahme der Räume.  
Calw, den 24. November 1920.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Arbeiterinnen und Arbeiter!** Es fehlt  
Niemand  
Samstag Abend 8 Uhr  
im „Bad. Hof“ bei der  
**Mieterversammlung.**



**Leonberger  
Schuhwaren**  
sind die besten und deshalb die billigsten!  
Niederlage in Calw:  
**Friedr. Schaufelberger**

Gestrickte Herrenwesten  
„ Damenwesten  
Sweater für Kinder  
Sweateranzüge  
einzelne gestrickte Hosen  
empfiehlt

**Paul Räuchle, Calw.**

**Delmühle Gärtringen.**

Bringe meine neuzeitlich eingerichtete  
**Delmühle mit Delsaaten-Puzerei**  
in empfehlende Erinnerung.  
Schlaglohn nur 10 Pf. pro Pfd.  
Montag, Dienstag und Freitag: Wohn.  
Samstags: Neys, Heim, Hauf, Hederich usw.  
**Kaufe Wohn zu 600, Neys zu 420 und  
Lein zu 320 Mk. pro Zentner,**  
auch in kleinsten Mengen, bitte um Angebot mit Quantum.  
**Wilh. Guhl, Tel. 11.**

Ueber die **Französische Revolution**  
spricht heute Abend 8 Uhr im Georgenäum Herr Rektor  
Dr. Knobel. Ausführliche Beteiligung wird empfohlen.  
Gewerkschaftsvereinsauschuß Calw A. D. G.



**Hirsau.  
Jugendbund  
für entschiedenes  
Christentum.**

Am Sonntag, den 28. Nov.  
1920, findet nachmittags 2 Uhr  
das

**Jahresfest**

des Jugendbundes Hirsau  
und abends 8 Uhr ein

**großes Jugendfest**

im Saale des Gasthofs zum „Köfse“ statt.  
**Sebermann, besonders aber die Jugend,  
ist herzlich eingeladen.**

Anschließend findet vom Montag bis Mittwoch ein  
Jugendleiter-Kurs im Gemeinschaftssaal statt, zu dem  
alle, die in der Jugendarbeit stehen oder für die Jugend-  
bundsache Interesse haben, ebenfalls herzlich eingeladen  
werden. Zeit der Vorträge: vormittags 1/2 10 Uhr, nach-  
mittags 1/2 3 Uhr und (außer Montag) abends 8 Uhr

**Einen Tag vor  
dem Erscheinen**

wollen grössere  
**Anzeigen  
aufgegeben werden.**

**Friedr. Daur, vorm. T. Schiler, Calw**  
Herrenhosen und  
Unterhosen.

**Dezimalbrückenwagen**

mit Hilfsaufgewicht (10 Kilo)  
sehr starke und solide Bauart  
von 3-6 Zentner Tragkraft  
(amtlich geeicht) mit oder ohne  
Gewichte empfiehlt billigst

**Friedrich Herzog, Calw**  
Maschinenhandlung u. Reparaturwerkstätte.

**Felle**

für Leder wie Pelzfabrikation kauft  
zu d. allerhöchsten Tagespreisen an  
**Erich Malschhofer,**  
moderne Tierausstopperei,  
Lindenstr. 52. Pforzheim Teleph. 1501.

**Zimmer**

möbliert und heizbar mit  
Licht sofort gesucht.  
Angebote unter G. C. 277  
an die Geschäftsst. des Bl.  
Junger Herr sucht per so-  
fort möglichst heizbares,  
möbliertes Zimmer  
zu mieten. Angebote unter  
N. 276 an die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

Neuweiler.  
Eine gebrauchte guterhalt.  
**Hobelbank**  
hat zu verkaufen  
Jakob Seeger, Wagner.

**Carbolineum**  
empfiehlt  
Carl Seva, Tel. 120.

**Ziegenzuchtverein.**  
Jedes Mitglied von Calw  
kann 1 Zentner

**Aleie**  
zum Breiße von Mk. 35.—  
bekommen bei  
Otto Jung,  
Landesprodukte.

**la Maisgries  
u. Maismehl**  
ist eingetroffen  
und empfiehlt billigt  
**Mehlhandlung Luz.**

**Für Haus-  
schlachtungen  
sowie für  
Rotschlachtungen**  
empfiehlt sich bei prompter  
Bedienung bestens  
**Fr. Sackheimer,  
Negger, Hirsau.**

**Verkehrsfreies  
Back-Mehl**

gefeuchtet geschüttelt  
zur Weihnachtsbäckerei usw.  
verpackt in Paketen von  
9 und 18 Pfund das Pfund  
zu 4 Mark ab hier gegen  
Nachnahme

**A. Huhn,  
Breiten.**

Infolge Erkrankung des  
bisherigen Mädchens luche  
ich für möglichst bald ein  
braves, fleißiges, gelundes  
**Mädchen,**

das schon etwas kochen kann  
und auch gerne Hausarbeiten  
versteht, bei gutem Lohn.  
Frau Apotheker Sonold,  
Dürrenz - Mühleracker  
Näheres auch zu erfahren  
durch  
Frau Apotheker Wieland  
in Calw.

**Wein-Vertrieb**

zwei patent. Konjunktur-  
Artikel ist für Oberamt  
**Calw**  
an solvente, seriöse Herren  
zu vergeben.  
Angebote unter G. N. 277  
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

4 komplette  
**Ruh-Geschirre,**  
bestehend aus Stirnband,  
Rückzeug mit Strängen  
und Strangketten  
billig zu verkaufen.  
Anzugeben Samstag und  
Sonntag im  
Gasthof zum „Schiff“  
Kohlerstal.

Sehe eine 2-jährige  
**Pohl-Fuchs  
Stute**  
leicht eingefahren, dem Ver-  
kauf aus, tauschbar auch gegen  
ein stärkeres, jüngeres  
**Arbeitspferd.**  
Michael Kentschler,  
Schönberg  
D. A. Neuenbürg.

Neuweiler.  
Eine junge  
**Ruh-  
und  
Fahrruh** hat zu verkaufen  
Johann Klink,  
Schuymacher.

**Reichsnotopfer.**

Wir bitten, die Reichsanleihe mit Januar-  
Zinsscheinen, welche zur Bezahlung der Ver-  
mögenszuwachssteuer und des Reichsnotopfers  
benötigt werden, innerhalb 8 Tagen, aus dem  
Depot zu entnehmen

**Spar- und Vorschußbank Calw.**

**Vereinigung ehemaliger milit. Kriegs-  
gefangener (E. V.)  
Bezirksgruppe Calw.**

Am Sonntag, den 28. November 1920, nachmittags  
2 Uhr, findet im „Badischen Hof“ in Calw eine  
**Versammlung**

statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.  
**Tagesordnung:**  
Wahl des Ausschusses,  
Wahl der Vertrauensleute,  
Neuaufnahmen,  
Verschiedenes.

Ehemalige Kriegsgefangene, die noch nicht Mit-  
glieder sind, sind herzlich eingeladen. Sonstige Personen  
haben keinen Zutritt.

**Der Vorstand.**

**Beamte und Unterbeamte besucht  
die Mieterversammlung morgen Abend**  
im Bad. Hof.

Schöne abgepaßte  
**Scheiben-Vorhänge**  
schmale und breite  
**Vorhang-Stoffe**  
empfiehlt  
**Paul Räuchle, Calw.**

**Heirats-Gesuch.**

Tüchtiger Geschäftsmann, Witwer, 49 Jahre,  
evang., mit eigenem Heim und größerem  
Geschäft, wünscht sich mit vermögendem  
Fräulein oder Witwe wieder zu verheiraten,  
eventuell einzuheliraten auch auf ein Hofgut.  
Verschwiegenheit Ehrensache.

Ernstgemeinte Anträge mit Bild unter  
Ziffer G. B. 276 an die Geschäftsstelle  
ds. Bl. erbeten.

**EUG. WILDBRETT**  
Homöopath u. Naturheilpraktiker  
**BAD LIEBENZELL**  
Schillerplatz 76, Fernruf 29

Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und  
Massage. Augendiagnose. Urinuntersuchung

Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen  
**Zwanzigjährige Praxis**  
Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5  
Uhr nachmittags, Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

**Friedr. Daur, vorm. T. Schiler, Calw**  
Gestrickte Untertailen u.  
gestrickte Damenwesten.

**Hauptagenturen**

für Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Transport-,  
Reise- und Feuer-Versicherung  
Haupt- und Bezirks-Vertreter  
**M. Müller, Liebenzell.**